

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Escapismus in der Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1970) : Escapismus in der Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 4, pp. 210-211

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134103>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Escapismus in der Wirtschaftspolitik

Escapismus ist gewiß ein unschöner Anglizismus. Gleichwohl dürfte die Bezeichnung schwer entbehrlich sein, um eine Verhaltensweise festzunageln, die auch und gerade in der zeitgenössischen Wirtschaftspolitik vorzudringen scheint: die Flucht vor den tatsächlichen Problemen und den Entscheidungen, die die unvermeidlichen Interessenkonflikte nun einmal abfordern. Beispiele gibt es genug. Und immer ist es das gleiche Muster, nach dem sie verlaufen. Zuerst wird das erstrebte wirtschaftspolitische Ziel beredt und mit den gehörigen Wiederholungen beschworen. Dann braucht es seine Zeit, bis Gutachter und „praktische“ Fachleute ihre Lagebeurteilung und möglichst auch Maßnahmenkonzepte beigetragen haben. Eine erneute Diskussion pflegt sich anzuschließen. Aber wenn es um den politischen Schwur geht, geschieht es nur zu oft, daß die Entscheidung vertagt oder eine halbe Maßnahme ergriffen wird oder die Intervention zu spät erfolgt, um eine Wirkung zu zeitigen, die sachlich zu erwarten war. Und offenbar bedeutet es für das Ritual keinen wesentlichen Unterschied, ob das moderne wirtschaftspolitische Instrumentarium rechtlich eigens verankert ist und ein parlamentarisch beschlossenes Gesetz die Regierung gar ausdrücklich verpflichtet, um des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts willen zu handeln.

Indes, der Escapismus erscheint noch in einer anderen Form, die, gerade weil sie nicht auf den ersten Blick Farbe bekennt, besonders tückisch ist. Wir meinen die Versuche, wirtschaftspolitische Entscheidungen durch *künstliche Anpassungsmechanismen* zu substituieren. Sie beginnen bei mehr oder minder schematischen „Lohnleitlinien“; die Fortsetzung heißt „Dynamisierung“ von Sozialleistungen, etwa des Wohngeldes, und es endet bei Wertsicherungsklauseln für Anleihen „zum Schutz des Sparers“. So verschiedenartig solche Automatismen auch sein mögen, sie alle erwecken gleicherweise die Hoffnung, ein dorniges Problem auf smarte Art endgültig „vom Tisch zu bekommen“. In Wahrheit handelt es sich jedoch um eine wirtschaftspolitische Kapitulation. Und sie kommt längerfristig nicht nur der Marktwirtschaftsordnung teuer zu stehen. Weit davon entfernt, das Übel an seinen Ursachen zu packen, muß sie es im Zeitverlauf nur noch verstärken.

Das sollte an erster Stelle bei jeder Art *Wertsicherungsklauseln* auf der Hand liegen, mit denen man im Geld- und Kapitalverkehr den Folgen der schleichenden Inflation begegnen will. Es ist eigentlich erstaunlich, daß ein solcher Schritt nach den erdrückenden internationalen Erfahrungen allen Ernstes wieder zur Diskussion gestellt wird. Denn stets ergibt sich der gleiche *Circulus vitiosus*. Man beginnt mit der „Wertsicherung“ bestimmter Anleihen. Aber sehr bald muß sie schon aus Gleichbehandlungsgründen im ganzen Umkreis der verbrieften Geldforderungen genehmigt werden. Als Maßstab der automatischen Anpassung dient mangels praktikabler Alternativen regelmäßig der Preisindex der Lebenshaltungskosten, der nur einen Güterausschnitt erfaßt. Das bedeutet politisch eine Versuchung, mit dem Blick auf die Indexkonstanz bestimmte Preise zu manipulieren. Indessen kann das Verfahren bestenfalls zeitweise gelingen. Will man nicht zu einem Preisstopp übergehen, tritt der Sicherungsmechanismus in Aktion:

Die Schuldner müssen mehr bezahlen. Aber natürlich setzen sie alles daran, die erhöhte Belastung über die Preise ihrer Produkte weiterzuwälzen. Und beim heutigen Ausmaß der Kreditfinanzierung werden sie damit um so sicherer Erfolg haben, je allgemeiner die Wertsicherung gilt. Im Ergebnis kommt es allein um des Gläubigerinteresses willen zu einer Steigerung des Preisniveaus und damit auch des Indexes für eine erneute Anpassungsrunde. Ja, mit der Zeit werden die Produzenten, durch Erfahrung klug geworden, die absehbaren Kreditkostensteigerungen in ihrer Preispolitik zu antizipieren suchen. Über die Preis-Preis-Spirale füttert die Inflation schließlich sich selbst. Nein, die Notenbank ist gut beraten, wenn sie sich prinzipiell weigert, Wertsicherungsklauseln im Geld- und Kapitalverkehr zu genehmigen. Zum „Schutz des Sparers“ muß sich die Regierung schon etwas Vernünftigeres einfallen lassen. Und das kann nur darin bestehen, rigoros den Ursachen des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes zu Leibe zu rücken, das die „schleichende Inflation“ ja lediglich anzeigt.

Nicht so klar mag der Escapismus bei den Bestrebungen zutage liegen, die Sozialpolitik zu *dynamisieren*. Denn die Vokabel kann sachlich sehr unterschiedliche Dinge bedeuten. Daß sich z. B. die Versicherungspflichtgrenze automatisch mit dem Lohn- und Gehaltsniveau verändert, ist nicht mehr als systemkonform: Auf solche Weise wird die Soziale Sicherung davor bewahrt, im Wirtschaftswachstum mit der Zeit nurmehr die „schlechten Risiken“ in sich zu vereinigen. Auch bestehen keine Bedenken, die Alters- und Unfallrenten an die Lohnentwicklung zu binden, um die betroffenen Bürger am Produktivitätsfortschritt teilnehmen zu lassen: Bei gegebenem Beitragssatz erhöhen sich mit dem gleichen Einkommenswachstum ja immer auch die Versicherungseinnahmen. Der Rubicon ist jedoch überschritten, wenn darüber hinaus steuerfinanzierte Ausgleichszahlungen für bestimmte Belastungen, wie etwa das Wohngeld, nach einem Preisindex „dynamisiert“ werden sollen. Eine solche Automatik muß schon angesichts der kontinuierlichen Realeinkommenssteigerung, an der die Geförderten als Arbeitsanbieter teilhaben, wenig plausibel erscheinen. Wichtiger ist jedoch, daß der letzte Hemmschuh für Mietanhebungen durch die Hausbesitzer beseitigt wird: Der Staat fängt ja in jedem Fall die Unzufriedenheit der Mieter durch ein gesteigertes Wohngeld ab. Und wiederum erhöht sich im gleichen Zuge der Preisindex für weitere Anpassungsrunden, da der Mietbewegung in den Lebenshaltungskosten ein erhebliches Gewicht zukommt. Als mißlichste Folge mag sich indessen herausstellen, daß die Wohngeldregelung im stets angespannten Staatshaushalt unausweichlich zu Lasten der Wohnbausubventionen geht, also just jene Maßnahme beschneidet, die allein geeignet ist, die Lücke im Wohnungsangebot zu schließen. Und das Angebot schneller als die Nachfrage zu erhöhen, bleibt der einzig vernünftige Weg, um einen Druck auf das Mietniveau zu erzielen.

Im gleichen Spital des Escapismus liegen schließlich die vielberufenen *Lohnleitlinien* krank. Wie man sie auch dreht und wendet: Den Arbeitnehmern werden Lohnforderungen zugemutet, die sich unter dem Niveau halten, das den Knappheitsverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt entspricht. Das ist in der Marktwirtschaft eine sonderbare Devise. Mit demselben Recht könnte man von den Produzenten erwarten, daß sie ihre Güter unter Preis verkaufen. Aber selbst wenn die Leitlinien in praxi funktionierten, vermögen sie die erstrebte Preisstabilität nicht zu garantieren. Sie bringen ein fatales Kostendenken in die Diskussion, das Erinnerungen an die unseligen LSP der verflorenen Wirtschaftslenkung wachruft. Der Einfluß der Nachfrageseite auf die Preise kommt dagegen nicht in den Griff. Und natürlich müssen absehbare Preisbewegungen, um den Reallohnverlust wettzumachen, zu einem entsprechenden Zuschlag in den Leitlinien führen. Damit nicht genug, verabschiedet die Richtmaßmechanik die Lohnveränderung grundsätzlich als ein Instrument der Verteilungspolitik, ohne daß irgendeine Kompensation auf anderer Ebene in Sichtweite rückt. Hier ist die Flucht in die Scheinlösung geradezu mit Händen zu greifen. Der Konflikt zwischen den gleichzeitig verfolgten wirtschaftspolitischen Zielen schwelt notwendig weiter. Und zwar so lange, bis wir jenem atavistischen Drang nach Wirtschaftsexpansion um jeden Preis entsagen und uns zu einer Wachstumsrate verstehen, die die Zusatzinvestitionen im Gleichgewicht mit der Entwicklung der Arbeitsressourcen hält.

Bruno Molitor